

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Bundesregierung  
– Drucksache 14/3454 –**

**Fortsetzung der deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999**

#### **A. Problem**

Die Lage im Kosovo ist weiterhin durch ein hohes Maß an Unsicherheit und Instabilität geprägt. Gewaltsame, teilweise mit Waffengewalt geführte Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Gruppen und Brandstiftungen dauern mit unveränderter Intensität an.

Zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Umsetzung einer Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 soll daher die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo fortgesetzt werden.

#### **B. Lösung**

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung am 24. Mai 2000 beschlossenen Antrag über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo.

#### **Mehrheitsbeschluss im Ausschuss**

#### **C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Die einsatzbedingten Zusatzkosten dieses Einsatzes werden nach Angaben der Bundesregierung aus den in der geltenden Finanzplanung des Bundes in Kapitel 60 04 Titel 547 03 (Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa) etatisierten Ausgaben in Höhe von 2,0 Mrd. DM gedeckt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/3454 wird zugestimmt.

Berlin, den 8. Juni 2000

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
Berichterstatter

**Karl Lamers**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Lippelt**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke-Reymann**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Karl Lamers, Dr. Helmut Lippelt, Dr. Werner Hoyer und Wolfgang Gehrcke-Reymann

### I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/3454 in seiner 107. Sitzung am 7. Juni 2000 beraten.

Der Antrag auf Drucksache 14/3454 wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 7. Juni 2000 den Antrag auf Drucksache 14/3454 beraten. Er erhebt mehrheitlich keine verfassungsrechtlichen oder rechtsförmlichen Bedenken. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gefasst.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2000 den Antrag auf Drucksache 14/3454 beraten und empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS Zustimmung. Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses haben die Erklärung des Bundesministers der Verteidigung begrüßt, dass die Bundesregierung für die Fortdauer des Mandats alle zwölf Monate den Deutschen Bundestag befassen werde. Zustimmend wurde auch die Erklärung des Bundesministers der Verteidigung zur Kenntnis genommen, dass eine konstitutive Befassung erfolge, falls dies der Wunsch einer Fraktion sei.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2000 den Antrag auf Drucksache 14/3454 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU und F.D.P., bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 8. Juni 2000 den Antrag auf Drucksache 14/3454 beraten. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU, gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 7. Juni 2000 den Antrag auf Drucksache 14/3454 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS und einigen Stimmen aus der Fraktion der CDU/CSU im Übrigen bei Stimmenthaltung einiger Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU dem federführenden Ausschuss empfohlen, dem Antrag mit der Maßgabe zuzustimmen, dass eine konstitutive Befassung des Deutschen Bundestages dann erfolge, wenn dies der Wunsch einer Fraktion sei.

### III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 46. Sitzung am 7. Juni 2000 auf der Grundlage eines Berichts der Bundesregierung den Inhalt des Kabinettsbeschlusses vom 24. Mai 2000 beraten. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben dabei die Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen zum Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/3454 begrüßt, dass die Bundesregierung für die Fortdauer des Mandats alle zwölf Monate den Deutschen Bundestag befassen werde. Zustimmend wurde ferner die Erläuterung des Ministers zur Kenntnis genommen, dass eine konstitutive Befassung erfolge, falls dies der Wunsch einer Fraktion sei. (Siehe dazu auch das Schreiben des Bundesministers der Verteidigung vom 7. Juni 2000 an den Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag.)

Er hat in seiner 47. Sitzung am 8. Juni 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS mehrheitlich empfohlen, dem Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 14/3454 zuzustimmen.

Berlin, den 8. Juni 2000

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
Berichterstatter

**Karl Lamers**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Lippelt**  
Berichterstatter

**Dr. Werner Hoyer**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke-Reymann**  
Berichterstatter